

# **E.I.R.GmbH**

## Nachrichtenagentur & Verlag

E.I.R. GmbH, Bahnstr. 4, 65205 Wiesbaden

Probeausgabe des deutschen Daily Alert

### **Vol. 1, Nr. 2**

## **Leitartikel: Eintreten für die Menschlichkeit: Kein Weltkrieg mit Russland/China; kein Geld für Waffen an die Ukraine**

9. Oktober 2023 (EIRNS) - International gibt es zwei Reaktionen auf die schrecklichen Ereignisse des vergangenen Wochenendes in Israel/Gaza, die sich von Minute zu Minute verschlimmern. Es gibt diejenigen, die versuchen, die Situation für böswillige geopolitische Zwecke auszunutzen, und es gibt diejenigen, die zu einem Waffenstillstand, zur Ruhe und zur Auseinandersetzung mit den Umständen aufrufen, die zu diesem Schrecken geführt haben. Aus Respekt vor dem schrecklichen persönlichen Leid, das unmittelbar damit verbunden ist, gibt es keinen anderen Standpunkt, von dem aus die Krise betrachtet werden kann, als von der höchsten Ebene aus, um Maßnahmen zu ergreifen, um sie zu beenden. Auf geopolitischer Ebene gibt es viele verhängnisvolle Schritte. Die USA haben eine Gefechtsverband unter Führung des größten Flugzeugträgers der Welt, der USS Gerald R. Ford, ins östliche Mittelmeer entsandt, um Stärke und Angriffsbereitschaft zu demonstrieren. US-Verteidigungsminister Lloyd Austin ordnete die Lieferung von Munition und Nachschub an Israel an, um größtmögliche Vergeltungsaktionen zu unterstützen. Die Europäische Union hat heute die gesamte lebensnotwendige humanitäre Hilfe für Gaza ausgesetzt. Die Europäische Kommission handelte, ohne ihre 27 Mitgliedsstaaten zu konsultieren. Diese werden am Dienstag, den 10. Oktober zu einer Dringlichkeitssitzung zusammenkommen. Die EU setzte ihre Hilfe aus, als Israel eine "totale Belagerung" verhängte, um die 2,3 Millionen Einwohner des Gazastreifens von Strom, Wasser, Lebensmitteln und anderen Versorgungsgütern abzuschneiden.

Die Zahl der Toten unter Palästinensern, Israelis und anderen Nationalitäten von Thailand bis zu den USA liegt bei über 2.000, Tausende wurden verletzt, und ein Ende ist nicht in Sicht. Die Seite der Vernunft und des Mitgefühls fordert einen Waffenstillstand, die Aufnahme von Gesprächen, die Beseitigung des Elends im Gazastreifen und in den palästinensischen Gebieten sowie die Errichtung von zwei Staaten für die Völker Israels und Palästinas. Dies bekräftigten heute der Generalsekretär der Arabischen Liga, Ahmed Abul Gheit, und der russische Außenminister Sergei Lawrow bei einem Treffen in Moskau, bei dem sie sich für ein "Ende des Blutvergießens" einsetzten. Lawrow sprach von einer Zusammenarbeit "mit den Ländern, die an einem dauerhaften Frieden im Nahen Osten interessiert sind". Gheit,

ehemaliger ägyptischer Außenminister, sagte: "Wir fordern die Schaffung politischer Perspektiven und eine gerechte Lösung des palästinensisch-israelischen Konflikts".

Diese Ansicht wird auch von China geteilt und wurde heute in Peking von Präsident Xi Jinping wiederholt, als er den Mehrheitsführer des US-Senats, Charles Schumer (D-NY), traf, der einen Kongressbesuch in China leitete und dabei China vorwarf, Israel nicht genug zu unterstützen. Inzwischen gibt es den ominösen Versuch, den Fall so darzustellen, dass der Iran für den Angriff der Hamas verantwortlich sei und deshalb einen Angriff des Westens (NATO) "verdient" - ein Auslöser für eine globale Katastrophe. Die Medien-Informationsnetzwerke der NATO arbeiten mit Hochdruck daran, die Phrase vom "unprovokierten Angriff der Hamas" auf Israel zu wiederholen, so wie sie im Februar 2022 Russland eines "unprovokierten Angriffs" auf die Ukraine beschuldigten. In den USA, von Fox News bis CNN, also an den vermeintlich entgegengesetzten Enden des politischen Spektrums, ist "unprovokiert" das Wort der Stunde.

Heute hielt der ukrainische Präsident Wolodymyr Zelenskyj vor der Parlamentarischen Versammlung der NATO in Kopenhagen eine Rede (per Video), in der er Russland und die Hamas wegen ihrer "unprovokierten" Angriffe mit Terroristen gleichsetzte. Er forderte die USA auf, ihre "internen" politischen Streitigkeiten zu überwinden und das Geld für Waffen und Unterstützung für die Ukraine aufzubringen. Diese wenigen Ereignisse unterstreichen den dringenden Appell der Internationalen Friedenskoalition, des Schiller-Instituts und der mit ihnen kooperierenden Netzwerke und Persönlichkeiten weltweit: Stoppt den Krieg! Die Gründerin des Schiller-Instituts, Helga Zepp-LaRouche, sagte heute: "Ich glaube, unser Ansatz ist, dass man, egal wie die Situation vor Ort ist, nicht jede dieser Situationen für sich betrachten kann. Wir müssen die Ukraine sehen, die NATO-Erweiterung seit 1990, den Krieg in der Ukraine und die Gefahr, dass dies kurzfristig zum Dritten Weltkrieg führen könnte. Jetzt kommt die Situation in Südwestasien hinzu. Weitere Konflikte zeichnen sich ab, wie die Taiwan-Frage mit China und die globalisierte NATO. Und dann gibt es viele kleinere Konflikte, die aber für die betroffenen Menschen sehr schwerwiegend sind, wie der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan um Berg-Karabach. Ganz zu schweigen von Haiti und Afghanistan und all den anderen schrecklichen Situationen.

Denn nur wenn eine neue Sicherheits- und Entwicklungsarchitektur geschaffen wird, die die Sicherheits- und Entwicklungsinteressen aller Länder berücksichtigt, kann es eine friedliche Lösung geben. Und das ist unsere Politik seit Beginn des Krieges in der Ukraine, und ich denke, das gilt auch für die Situation in Südwestasien". Zum Zeitpunkt der Verbreitung dieses {Alert} wird das Schiller-Institut eine internationale Erklärung als Aktionsappell veröffentlichen. In Washington, D.C., wird die LaRouche-Organisation am Mittwoch, den 11. Oktober mittags vor dem Kongress eine Kundgebung unter dem Motto "Kein Geld für die Ukraine, kein dritter Weltkrieg mit Russland und China" abhalten.

Ein Sprecher des Schiller-Instituts sagte am Abend: "In den nächsten Stunden und Tagen müssen der Kongress der Vereinigten Staaten, die Parlamente Kanadas und Europas, die Präsidentschaften Mittel- und Südamerikas und die Regierungen Asiens und Afrikas hören und sehen, wie sich die Menschen der Welt für die Menschlichkeit gegen einen Weltkrieg mit Russland/China und gegen die "Bevölkerungskriege", die Teil dieses Weltkrieges sind, einsetzen. Wir müssen an die Telefone und in die Büros der Beamten gehen, wir müssen auf die Straßen und vor die Regierungsinstitutionen gehen, um zu sagen, dass Krieg keine Lösung ist; dass es ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist, den Besitzlosen und Armen Krieg aufzuzwingen; dass kein einziger Dollar mehr für Waffen für die Ukraine ausgegeben werden darf."

## Inhalt:

### STRATEGISCHE KONFRONTATION

- China fordert Zweistaatenlösung für Palästina und Diplomatie zur Beendigung der Kämpfe
- Wall Street Journal Berichtet, dass der Iran einen Angriff auf Israel plante

### POLITIK & WIRTSCHAFT DER USA

- Keine weiteren NATO-Kriege finanzieren! Biden und die Neocons fügen einen weiteren hinzu
- Robert F. Kennedy Jr. erklärt "Unabhängigkeit" vom Zweiparteiensystem und kandidiert als Unabhängiger
- EIR Interview: Chas Freeman warnt vor der Gefahr, den Iran zu beschuldigen

### ZUSAMMENBRUCH DES WESTLICHEN SYSTEMS

- Der Frankenstein-Monster-Markt für US-Staatsanleihen
- Wahlen in Hessen und Bayern sind ein Misstrauensvotum gegen die Bundesregierung

### STRATEGISCHE KONFRONTATION

## China fordert eine Zwei-Staaten-Lösung in Palästina und Diplomatie zur Beendigung der Kämpfe

9. Oktober 2023 (EIRNS) - Die Sprecherin des chinesischen Außenministeriums, Mao Ning, erklärte heute, dass China den Konflikt zwischen Gaza und Israel mit großer Sorge verfolge. "Wir sind zutiefst betrübt über die zivilen Opfer und verurteilen Handlungen, die Zivilisten schaden. Wir lehnen Schritte ab, die den Konflikt eskalieren und die Region destabilisieren, und hoffen auf ein Ende der Kämpfe und eine baldige Rückkehr zum Frieden. Die internationale Gemeinschaft muss eine wirksame Rolle spielen, um gemeinsam zur Beruhigung der Lage beizutragen", sagte sie vor Journalisten bei der regelmäßigen [Pressekonferenz] des Ministeriums

([https://www.fmprc.gov.cn/eng/xwfw\\_665399/s2510\\_665401/2511\\_665403/202310/t20231009\\_11158305.html](https://www.fmprc.gov.cn/eng/xwfw_665399/s2510_665401/2511_665403/202310/t20231009_11158305.html)). "Um den Teufelskreis des Konflikts zwischen Palästina und Israel zu durchbrechen, ist es unerlässlich, die Friedensgespräche wieder aufzunehmen, die Zweistaatenlösung umzusetzen und die Palästina-Frage vollständig und angemessen mit politischen Mitteln zu lösen, die den legitimen Anliegen beider Seiten Rechnung tragen. China wird weiterhin unermüdlich mit der internationalen Gemeinschaft zusammenarbeiten, um dieses Ziel zu erreichen", schrieb die Times of Israel, nachdem der Mehrheitsführer im

US-Senat, Chuck Schumer, dem chinesischen Außenminister mitgeteilt hatte, er sei sehr enttäuscht von Pekings früherer Erklärung zu dem jüngsten Hamas-Anschlag, da sie keinerlei Sympathie oder Unterstützung für Israel gezeigt habe. "Ich fordere Sie und das chinesische Volk auf, sich an die Seite des israelischen Volkes zu stellen und diese feigen und bösartigen Angriffe zu verurteilen", sagte Schumer, der eine Delegation von sechs Senatoren nach China führt, zu Außenminister Wang Yi. Später traf Schumer mit Präsident Xi Jinping zusammen und teilte ihm mit, dass Schumer eine Verurteilung der Angriffe durch China erwarte.

## Wall Street Journal Berichtet, dass der Iran einen Angriff auf Israel plante

9. Oktober 2023 (EIRNS) - Das Wall Street Journal veröffentlichte gestern am späten Abend einen Bericht

(<https://www.wsj.com/world/middle-east/iran-israel-hamas-strike-planning-bbe07b25>) mit dem Titel "Iran half bei der Planung des Angriffs auf Israel über mehrere Wochen" und zitierte anonyme hochrangige Mitglieder der Hisbollah und der Hamas mit der Aussage, iranische Sicherheitsbeamte hätten der Hamas bei der Planung des Überraschungsangriffs auf Israel geholfen und bei einem Treffen in Beirut am vergangenen Montag, dem 2. Oktober, grünes Licht für den Angriff gegeben. Offiziere des Korps der Islamischen Revolutionsgarden Irans hätten seit August mit der Hamas zusammengearbeitet, um die Angriffe aus der Luft, zu Land und zur See zu planen, hieß es. Die Details der Operation wurden bei mehreren Treffen in Beirut ausgearbeitet, an denen Offiziere des IRGC und Vertreter von vier vom Iran unterstützten militanten Gruppen teilnahmen, darunter die Hamas, die im Gazastreifen die Macht innehat, und die Hisbollah.

"Wir haben derzeit keine Informationen, die diese Darstellung bestätigen", sagte ein anonymes US-Beamter dem Wall Street Journal auf die Frage nach den Treffen. Außenminister Tony Blinken sagte am Sonntag in einem Interview mit dem NBC-Sender Meet the Press, die USA hätten keine Informationen, dass der Iran "direkt an diesem Anschlag beteiligt war, weder in der Planung noch in der Ausführung", obwohl "wir das sehr sorgfältig untersuchen". Ein europäischer Beamter und ein Berater der syrischen Regierung lieferten jedoch gegenüber der Zeitung die gleiche Darstellung der iranischen Beteiligung an der Vorbereitung des Anschlags wie hochrangige Mitglieder der Hamas und der Hisbollah.

Mahmoud Mirdawi, ein hochrangiger Hamas-Funktionär, sagte auf die Frage nach den Treffen, die Gruppe habe die Anschläge allein geplant. "Das ist eine Entscheidung der Palästinenser und der Hamas", sagte er. Ein Sprecher der iranischen Vertretung bei den Vereinten Nationen sagte, die Islamische Republik unterstütze die Aktionen im Gazastreifen, habe sie aber nicht gesteuert. "Die Entscheidungen, die der palästinensische Widerstand trifft, sind völlig autonom und stehen in vollem Einklang mit den legitimen Interessen des palästinensischen Volkes", sagte der Sprecher. "Die Frage, die sich jetzt stellt, ist, so eine Analyse (<https://m.jpost.com/middle-east/iran-news/article-765270>) in der Jerusalem Post, "Wird Israel den Iran für den Überraschungsangriff und das Massaker der Hamas verantwortlich machen?". "Man kann argumentieren: Zuerst müssen wir die volle Kontrolle über unser eigenes Territorium zurückgewinnen, dann können wir darüber reden, den Krieg zum Feind zu tragen. Aber Israel wird die Kontrolle über den Süden zurückgewinnen, die Terroristen dort vernichten und dann eine Offensive im Gazastreifen starten", schreibt der Militäranalyst der Jerusalem Post, Herb Keinon, "aber wird das das Ende sein? Oder sollte Jerusalem entscheiden, dass es an der Zeit ist, den Kampf gegen die vom Iran finanzierten und unterstützten Organisationen irgendwie in den Iran zu tragen, um die Ayatollahs irgendwie dafür bezahlen zu lassen, dass sie Organisationen unterstützen, die Juden und Israelis ermorden wollen? "Angesichts des

massiven Angriffs vom Samstag stellt sich die Frage, ob das Ausmaß dieses Angriffs die IDF dazu zwingen wird, eine militärische Botschaft an den Iran zu senden", schreibt er.

## **POLITIK & WIRTSCHAFT DER USA**

### **Keine weiteren NATO-Kriege finanzieren! Biden und die Neocons fügen einen weiteren hinzu**

9. Oktober 2023 (EIRNS) - Mit dem Ausbruch des israelisch-palästinensischen Krieges, der sich nach Südwestasien ausbreiten könnte, sind die Biden-Administration und die Neokonservativen in beiden Kongressparteien von der bloßen Bestürzung über die Untätigkeit des Kongresses zu einer Beinahe-Hysterie übergegangen, um weitere Dutzende Milliarden Dollar an US-Waffen und Finanzhilfe in die NATO-Kriege gegen Russland und implizit gegen China und den Iran zu pumpen.

Zu den 24 Milliarden Dollar für Waffen und Hilfe für die Ukraine, die in der 45-tägigen Verlängerung des Haushaltsbeschlusses des Kongresses vom 30. September abgelehnt wurden, kommen sofortige Forderungen nach neuen Waffentransfers an die israelischen Streitkräfte und deren Finanzierung. Der Flugzeugträger USS Gerald R. Ford und eine beträchtliche Anzahl von Begleitschiffen wurden bereits in das östliche Mittelmeer verlegt. Darüber hinaus berichtete die Washington Post (<https://www.washingtonpost.com/national-security/2023/10/08/israel-hamas-intelligence-middle-east/>) am Sonntagabend, den 8. Oktober: "Zusätzlich zu den Iron-Dome-Raketen haben israelische Beamte als Reaktion auf die Militäroffensive der Hamas mehrere spezifische Anfragen an Washington gerichtet, darunter Bomben mit kleinem Durchmesser, Munition für Maschinengewehre und eine verstärkte Zusammenarbeit beim Austausch von Geheimdienstinformationen, sagten Beamte, die unter der Bedingung der Anonymität über laufende Operationen sprachen. Der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Beziehungen im Repräsentantenhaus, Michael McCaul (R-TX), forderte in den sonntäglichen Talkshows, das Repräsentantenhaus müsse sofort einen neuen Sprecher ernennen, um nicht als "Feigling vor den Ayatollahs des Iran" dazustehen. McCaul ist einer derjenigen, die eine Resolution aushecken, die angeblich die Absetzung von Kevin McCarthy am 2. Oktober rückgängig machen und ihn sofort wieder zum Sprecher machen soll. In einem Interview mit Hugh Hewitt am Sonntagmorgen widerrief McCarthy seine Äußerungen von letzter Woche und sagte, er sei bereit, den Vorsitz wieder zu übernehmen und dass er, wenn er jetzt Sprecher wäre, die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten um Hilfe bei der Verteidigung Israels bitten würde. Der Kongressabgeordnete Jim Jordan (R-OH) drängte in Fox News Sunday darauf, "Israel zu geben, was es braucht, um zu gewinnen"; der Kongressabgeordnete Steve Scalise (R-LA) äußerte sich am 7. Oktober in den sozialen Medien ähnlich. Diese Äußerungen werfen eine unbeantwortete Frage auf: Wie können die USA Israel verteidigen, wenn die israelische Regierung es nicht tut?

Gleichzeitig schlagen laut Antiwar.com (<https://news.antiwar.com/2023/10/05/congress-mulls-ways-to-get-ukraine-aid-passed-after-mc-carthy-ouster/>) Senatoren, darunter Lindsey Graham (R-NC), vor, die Forderung nach neuen Ausgaben für die Ukraine auf 70 Milliarden Dollar allein bis 2024 zu erhöhen. Berichten des Londoner Telegraph zufolge erwägt die Biden-Administration, noch weiter zu gehen und 100 Milliarden Dollar an neuen Hilfen für die Ukraine zu fordern, um die Finanzierung der NATO-Kriegsoperationen gegen Russland bis zu den Wahlen 2024 sicherzustellen. All diese

neuen Kriegsgelder würden über den derzeit extrem volatilen Markt für US-Staatsanleihen aufgenommen werden.

## Robert F. Kennedy Jr. erklärt "Unabhängigkeit" vom Zweiparteiensystem und kandidiert als Unabhängiger

9. Oktober 2023 (EIRNS)-Robert F. Kennedy, Jr.

(<https://www.youtube.com/watch?v=A9opkWJn5aE>) sprach heute auf einer Kundgebung in Philadelphia vor etwa 2.000 begeisterten Demokraten, Republikanern und parteilosen Amerikanern und kündigte an, dass er als unabhängiger Kandidat für das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten kandidieren werde - und damit die Demokratische Partei verlassen werde, die seine Familie zu einer nationalen politischen Dynastie gemacht hat und in der er in den Vorwahlen 20% oder mehr der Stimmen erhalten hat.

Die Verarmung, wenn nicht gar Verzweiflung so vieler Amerikaner war das Anliegen und das Problem, das Kennedy mit viel Leidenschaft beschrieb und das er mit großer Ernsthaftigkeit lösen wolle; zur Außenpolitik äußerte er sich in dieser Rede eher sparsam. Oft und unter Tränen sprach er vom Mitgefühl seines Vaters für die armen und vergessenen Amerikaner. Er sagte: "Heute, da korrupte Kräfte unsere Regierung übernommen haben, sind die Reihen der Enteigneten über die amerikanischen Ureinwohner und die Schwarzen hinaus auf Dutzende Millionen Amerikaner angewachsen, die in finanzieller Verzweiflung von Gehaltsscheck zu Gehaltsscheck leben. Zu den Besitzlosen gehören auch die Heerscharen von chronisch Kranken, Süchtigen, Depressiven und jene 80 Prozent der Bevölkerung, die sich einen normalen Mittelklasse-Lebensstil nicht mehr leisten können.

"Eine wachsende Flut der Unzufriedenheit überschwemmt unser Land. Diese Unzufriedenheit birgt Gefahren, aber auch Hoffnungen."

"Die Gefahr besteht darin, dass sie von Demagogen in Richtung Faschismus missbraucht wird. Oder dass unsere Mächtigen sie auf einen äußeren Feind lenken, um einen neuen Krieg zu beginnen."

"Aber die größte Gefahr, die wir in Echtzeit gesehen haben, ist, dass wir unsere Unzufriedenheit gegeneinander richten".

Und noch einmal das Problem, das es zu bekämpfen gilt: "Das Land sitzt auf einem Pulverfass. Die Amerikaner sind wütend..." Kennedy sagte, er habe sich "von dem einzigen Präsidenten inspirieren lassen, der keine Partei hatte: George Washington". Kennedy sah ein "Volk, das es leid ist, gespalten zu sein. Es ist bereit, die Macht zurückzuerobern. Er sagte, dass er als unabhängiger Präsident in der Lage sein würde, "Frieden statt Krieg zu suchen" und "in der nächsten Finanzkrise die Schuldner vor den Banken zu retten". Ist es rechts oder links, sich vom Rande eines heißen Krieges mit Russland zurückzuziehen? "Demokratie ist kein Geschenk, wenn unterdrückende Obrigkeiten endlich nachgeben. Demokratie entsteht, wenn das Volk beschließt, seine Macht auszuüben".

Hier ist das Transkript:

(<https://robertkennedyjr.substack.com/p/kennedy-independent-presidential-candidate>).

## EIR Interview: Chas Freeman warnt vor der Gefahr, den Iran zu beschuldigen

9. Oktober 2023 (EIRNS)-Das Folgende ist ein kurzer Auszug aus einem Interview, das Mike Billington von EIR mit Chas Freeman, einem hochrangigen US-Diplomaten, geführt hat. Das vollständige Interview wird nächste Woche in der Wochenzeitschrift EIR veröffentlicht; weitere Auszüge werden in Kürze im EIR Daily Alert erscheinen.

Mike Billington: Guten Morgen! Ich bin Mike Billington vom Schiller-Institut und vom Executive Intelligence Review. Bei mir ist heute Chas Freeman. Chas ist bekannt für seine Rolle als Dolmetscher für Präsident Nixon bei dessen bahnbrechendem Besuch in China im Jahr 1972. Danach hatte er verschiedene Positionen im Verteidigungs- und Außenministerium inne und diente während des ersten Irakkriegs als US-Botschafter in Saudi-Arabien. Im Jahr 2009 wurde er für den Posten des Direktors des Nationalen Geheimdienstrats nominiert, aber die Ernennung wurde untergraben. Möchten Sie noch etwas zu Ihrer Karriere sagen?

Chas Freeman: Nein. Ich bin nur froh, dass ich nach 30 Jahren im Dienste der Regierung und der amerikanischen Öffentlichkeit nicht mehr den Zwängen der offiziellen Linie unterworfen bin.

Billington: Nun, man kann Ihnen sicher nicht vorwerfen, der offiziellen Linie zu folgen! Ich habe zwei Fragen, die ich ansprechen möchte. Die eine betrifft die Kriegsgefahr zwischen Russland und den USA und der NATO, die andere die Situation in Asien. Aber lassen Sie mich mit einer Frage zur Situation im Nahen Osten beginnen. Das Schiller-Institut organisiert am Mittwoch [11. Oktober] dieser Woche eine Kundgebung vor dem Kongress mit der Forderung "Keine Finanzierung der Ukraine, kein Krieg gegen Russland". Wir haben jedoch erfahren, dass die Neokonservativen eine Gegendemonstration organisieren mit der Forderung, zwei Kriege zu finanzieren! Lassen Sie uns also damit beginnen, Sie nach Ihrer Meinung zum neuen israelischen Krieg gegen die Hamas und vielleicht auch gegen den Iran zu fragen.

Freeman: Wir beobachten in unserer Presse eine beunruhigende Tendenz, die iranische Führung für diesen Krieg verantwortlich zu machen, als hätte der Iran die Hamas irgendwie zu den Anschlägen angestiftet, die sie verübt hat. Ich halte das für völlig falsch und sehr gefährlich, denn es könnte dazu benutzt werden, einen israelischen oder amerikanischen Angriff auf den Iran zu rechtfertigen, mit dem wir seit Jahren drohen. Tatsache ist, dass die Palästinenser an einem Punkt angelangt sind, an dem viele von ihnen das Gefühl haben, nichts mehr zu verlieren zu haben. Dieser Angriff war ein Akt der Verzweiflung und kam aus heiterem Himmel. Ich vergleiche ihn mit der Tet-Offensive in Vietnam, mit der Ziele erreicht wurden, die sich niemand hätte vorstellen können. Sie überzeugte die breite Öffentlichkeit, dass die bisherige Politik gegenüber Vietnam zum Scheitern verurteilt war. Und sie führte schließlich zum Rückzug der USA aus Vietnam. Ich glaube, dass die Hamas auf dem Schlachtfeld entscheidend verlieren wird, aber sie könnte den Krieg gewinnen, vor allem wenn Israel seine Drohung wahr macht, den Gazastreifen wie Dresden im Zweiten Weltkrieg zu zerstören. Ich glaube, dass dieser Akt des Völkermords viele Menschen gegen Israel mobilisieren würde, die bisher unentschlossen waren. Dies ist also ein sehr wichtiger Moment in der Geschichte des Nahen Ostens und in der Politik der USA gegenüber diesem Land. Es ist klar, dass weder Israel noch die USA eine Antwort auf den Widerstand der Palästinenser gegen ihre Erniedrigung, die Vertreibung aus ihren Häusern und den Versuch, ihre Präsenz in ihrem Land auszulöschen, haben. Ich möchte hinzufügen, dass dieser Krieg im Nahen Osten leider das Risiko eines Wahlsiegs von Donald Trump im Jahr 2024 deutlich erhöht, da er ein weiterer Beweis für die außenpolitische Inkompetenz der Biden-Administration ist. Er wird wahrscheinlich auch die Aussichten auf ein Ende der US-Unterstützung für die Ukraine

erhöhen. Und selbst wenn man die Vorstellung begrüßt, dass der Krieg dann zu Ende geht, wird er auf eine Weise enden, die Parallelen zum Ende des Vietnamkrieges aufweist, als wir im Grunde einen Kampf auf Leben und Tod förderten und dann davonliefen und die Vietnamesen ihrem Schicksal überließen. Das ist nicht gerade verantwortungsvoll.

Wir wurden für unseren Rückzug nicht zur Rechenschaft gezogen, genauso wenig wie wir in jüngster Zeit für unser Vorgehen im Irak oder in Afghanistan zur Rechenschaft gezogen wurden. Aber der Unterschied im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts besteht darin, dass während des Kalten Krieges Länder, Verbündete und Freunde die Wahl zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion hatten, und das sowjetische System mit all seiner Brutalität war so unattraktiv, dass es eigentlich keine Wahl gab. Heute ist die Welt nicht mehr so organisiert. Sie ist nicht bipolar. Die Länder haben die Möglichkeit, sich von Washington zu distanzieren, und sie werden es tun. Sie tun es sogar schon. Aber das könnte den Prozess beschleunigen. Es gibt so viele politische Implikationen, die noch nicht untersucht worden sind. Ich glaube, dass dies die parteipolitischen Spaltungen in den Vereinigten Staaten in einer Weise verstärken wird, die die Aussicht auf ein Ende der Hilfe für die Ukraine erhöht.

## ZUSAMMENBRUCH DES WESTLICHEN SYSTEMS

### Der Frankenstein-Monster-Markt für US-Staatsanleihen

9. Oktober 2023 (EIRNS) - Die Website Wall Street on Parade berichtete am 3. Oktober in einem Artikel

(<https://wallstreetonparade.com/2023/10/the-yield-on-10-year-treasury-notes-hits-a-16-year-high-stocks-lose-ground-in-8-of-last-10-sessions-treasury-announces-buybacks-of-its-own-debt/>), dass das US-Finanzministerium soeben den Rückkauf seiner eigenen Schuldtitel angekündigt hat, um "den Markt für Staatsanleihen mit Liquidität zu versorgen".

Nachdem das Finanzministerium für das dritte Quartal dieses Jahres die Ausgabe von Schuldtiteln in Höhe von 671 Milliarden Dollar und für das vierte Quartal in Höhe von 921 Milliarden Dollar geplant hatte, gab der stellvertretende Finanzminister Josh Frost am 21. September die haarsträubende Erklärung ab, dass "wir davon ausgehen, dass in den kommenden Quartalen wahrscheinlich weitere schrittweise Erhöhungen der Kuponauktionen erforderlich sein werden". Dies gibt einen Eindruck davon, wie schnell das US-Finanzministerium bei sinkenden Steuereinnahmen neue Schulden aufnimmt, während die langfristigen Zinsen so schnell steigen, dass die Zentralbanker glauben, sie müssten die kurzfristigen Zinsen nicht weiter anheben, um die langfristigen Zinsen nach oben zu treiben.

Frost erklärte, dass das Finanzministerium neue Schulden aufnehmen würde, um seine bestehenden Schulden zurückzukaufen. Dies sei nicht das erste Mal, dass das Finanzministerium dies getan habe, aber aus offensichtlichen Gründen nur dann, wenn die Zinsen, die es zahlen musste, fielen, und nicht, wenn sie stiegen.

Der Grund dafür ist nun, dass das Finanzministerium befürchtet, dass die Liquidität auf diesem Markt, der sich zu einem Hedgefonds-Markt mit dramatischer Volatilität entwickelt hat, zur Neige geht oder sogar plötzlich verschwindet. Frost (<https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy1757>) sagte am 21. September: "Wir glauben, dass Rückkäufe eine wichtige Rolle dabei spielen können, den Markt für Staatsanleihen liquider und widerstandsfähiger zu machen, indem sie die Liquidität unterstützen". Dies ist also der

Zustand des Marktes, mit dem die Federal Reserve dem Rest der Welt Kapital entzieht, den Entwicklungsländern durch die Abwertung ihrer Währungen Sparmaßnahmen aufzwingt und einen Währungskrieg gegen die wichtigsten BRICS-Länder führt, alles im Namen der "Inflationsbekämpfung": Sergej Glasjew, der für Integration und Makroökonomie zuständige Minister der Eurasischen Wirtschaftskommission, postete auf seinem Telegrammkanal den treffenden Kommentar eines Wirtschaftskollegen: "Kurz gesagt, im Moment beeinflusst die Situation auf dem amerikanischen Staatsschuldenmarkt nicht nur die Situation auf den Anleihemärkten anderer Länder, sondern generell - fast alles. "

## **Wahlen in Hessen und Bayern sind ein Misstrauensvotum gegen die Bundesregierung**

9. Oktober 2023 (EIRNS)-Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Bayern und Hessen am Sonntag, den 8. Oktober, waren ein klares Votum gegen die Bundesregierung, deren drei Parteien zu den Verlierern gehörten, wobei die Freien Demokraten in Bayern sogar aus dem Parlament flogen.

In Hessen errangen die Christdemokraten mit 52 von 55 Wahlkreisen einen Erdrutschsieg. Mehr noch als Bayern war Hessen ein bundespolitisches Schlachtfeld, denn die Spitzenkandidatin der Sozialdemokraten war Bundesinnenministerin Nancy Faeser, deren Partei mit nur 15,1 Prozent der Stimmen auf ein historisches Tief fiel. In Hessen fielen die Grünen auf 14,8 %, ein Minus von 5 % gegenüber 19,8 % bei der Wahl 2018, und die Freien Demokraten fielen auf 5 % (gegenüber 7,5 % bei der Wahl 2018) und schafften mit nur wenigen hundert Stimmen den Wiedereinzug in den Landtag. Die Gewinner in Hessen waren a) die regierenden Christdemokraten mit 34,6 %, eine Verbesserung um 7,6 % gegenüber 2018; b) die Partei Alternative für Deutschland (AfD), die sich gegenüber 2018 (13,4 %) um 5 % auf 18,4 % verbesserte und damit zweitstärkste Partei im Land wurde. In Bayern gewann die regierende Christlich-Soziale Union mit 37%, gefolgt vom Koalitionspartner Freie Wähler mit 15,8% und der AfD als drittstärkste Partei. Die beiden letztgenannten Parteien konnten sich im Vergleich zur letzten Wahl um 5 % verbessern. Auch hier waren die drei Koalitionsparteien auf Bundesebene die Verlierer: Die Grünen fielen auf 14,4 %, die Sozialdemokraten auf 8,4 % und die Freien Demokraten auf 3,0 %, womit sie aus dem Parlament ausschieden.

Die Bildung der neuen Landesregierungen wird voraussichtlich die Fortsetzung der bisherigen Koalitionen sein: Christdemokraten und Grüne in Hessen, Christlich-Soziale Union und Freie Wähler in Bayern. Andere Parteien haben eine Koalition mit der Alternative für Deutschland ausgeschlossen. Auch in Hessen könnte es zu einer Regierungsbildung zwischen Christdemokraten und Sozialdemokraten kommen - interessant wäre dann die Frage, ob der amtierende CDU-Ministerpräsident Boris Rhein das Thema Atomkraft auf seine Agenda setzen würde, was er mit den Grünen in seiner Koalition kaum könnte. Würden die hessischen Sozialdemokraten, die Rhein große Zugeständnisse machen müssten, um in eine von ihm geführte Regierung zu kommen, gegen die Meinung des SPD-Bundesvorstands und natürlich gegen die Bundesregierung und ihren SPD-Kanzler Olaf Scholz zustimmen? Letzterer hat erst kürzlich alle Vorstöße in Sachen Atomkraft mit den Worten zurückgewiesen: "Eine hessische Koalition zwischen Christdemokraten und Sozialdemokraten wäre ein Türöffner für eine ähnliche Koalition auf Bundesebene, vielleicht sogar noch vor dem Ende der Amtszeit von Scholz im Jahr 2025.

Bemerkenswert ist, dass die von der Süddeutschen Zeitung angeführte Kampagne der bayerischen Mainstream-Medien gegen den Vorsitzenden der Freien Wähler, Hubert Aiwanger, mit der der bayerische Ministerpräsident Markus Söder gezwungen werden sollte, eine neue

Regierungskoalition mit den Grünen ins Auge zu fassen, nicht nur gescheitert ist, sondern einen schweren Rückschlag erlitten hat. Die Freien Wähler, die sich von 11% auf fast 16% verbesserten, gelten nun als erste Wahl für Söder. Die Auswirkungen auf die Bundesregierung in Berlin, die neben den Verlusten in Hessen und Bayern in einer aktuellen Umfrage kurz vor dem Wahlsonntag bundesweit auf nur noch 19% abrutschte, dürften entweder zu einer drastischen Korrektur der Politik oder besser noch zu einer Ablösung der Regierung Scholz durch eine Regierung ohne die Grünen führen. Eine solche Ablösung wäre durch ein Misstrauensvotum im Bundestag möglich, bei dem ein alternativer Kanzlerkandidat gewählt würde. Eine Vorstufe dazu könnte ein Beschluss der Freien Demokraten sein, die Regierungskoalition zu verlassen. Die nächsten Tage werden zeigen, welche Möglichkeiten es gibt. International steht die Regierung Scholz nun endgültig auf tönernen Füßen. Wer soll die aktuelle deutsche Regierung noch ernst nehmen, wenn sie nur noch von jedem fünften Deutschen unterstützt wird?